

Das Konzept der „nachhaltigen Entwicklung“ und seine Auswirkungen auf südkoreanische NGOs

CHOI In-Sook
Generalkonsulat der BRD, Ōsaka
Universität Bamberg
École Normale Supérieure de Cachan

Im Hinblick auf die zunehmend ernst genommenen Probleme des Klimawandels erreichen umweltbezogene Themen wieder verstärkte Aufmerksamkeit. Es sind insbesondere die Stichworte der „Nachhaltigkeit“ und der „nachhaltigen Entwicklung“, die sich in Form eines ethischen Pflichtgebots an die Politik, die Wirtschafts- und sogar an die Finanzwelt richten. Auch zeigen Beispiele von „Dritte-Welt“-Projekten oder der Vermarktung des Nachhaltigkeitskonzepts als *Life-Style*-Möglichkeit in den Gesellschaften der Industrieländer, dass zumindest dort der Nachhaltigkeitsdiskurs auch auf der individuellen Ebene seine Spuren hinterlässt. Die Allgegenwärtigkeit der „nachhaltigen Entwicklung“ als Diskurs bedeutet allerdings nicht gleich die entsprechende Praxis. So wird z. B. das eine oder andere Produkt bevorzugt in einem „Eine-Welt“-Laden gekauft, jedoch werden nur selten der gesamte Lebensstil und die dazugehörige Produktpalette der Umwelt oder den sozialen Bedingungen zugute verändert.

Es zeigt sich eine „inkohärente Solidarität“ mit den sozialen Zuständen am anderen Ende der Wertschöpfungskette. Hierfür mag zwar in erster Linie die mangelnde Handlungsbereitschaft des Konsumenten kritisiert werden. Hinterfragt man jedoch das Konzept der nachhaltigen Entwicklung, so stellt sich die Frage, ob nicht vielleicht das angestrebte Ideal selbst voller Widersprüche ist und somit eine konsequente Praxis gar nicht erst möglich wird. Nachhaltige Entwicklung wird allgemein als eine Kohärenz zwischen der wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Dimension der gesellschaftlichen Entwicklung verstanden. Zudem wird im wörtlichen Sinne die Nachhaltigkeit, also die zeitliche Dimension, hervorgehoben. So heißt es in einer der meistzitierten Definitionen zum Thema: „Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen

Generation entspricht ohne die Möglichkeiten *künftiger Generationen* zu gefährden ...“¹ Die Teilaspekte der nachhaltigen Entwicklung wurden konzeptionell konkretisiert. Einer der bedeutendsten Beiträge ist von Amartya Sen, der die kulturelle Freiheit als einen elementaren Bestandteil der Entwicklung ansieht.² Auch methodologische Instrumente wurden entwickelt und präzisiert. So erfasst der *Human Development Index* des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) die sozialen Dimensionen der Entwicklung; ebenso gibt es Indikatoren zur Quantifizierung der ökologischen Dimension wie den *Index ecological footprint*. Dass dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung drei Dimensionen zugrunde liegen, bedeutet aber nicht notwendigerweise eine Kohärenz zwischen diesen. Im Gegenteil, ihre konzeptionelle Beschaffenheit eröffnet einen weiten Interpretationsspielraum, der durch die Anliegen von Ökologen, Naturwissenschaftlern, Menschenrechtlern, Agrarwissenschaftlern und Ökonomen ausgefüllt wird. Zudem wird eine Vielfalt unterschiedlicher Interessenkonfigurationen (Privatwirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft) angesprochen. Nicht zuletzt wird deshalb nachhaltige Entwicklung auch als ein „umbrella concept“ für unterschiedliche Vorstellungen mit starkem Kollisionspotenzial kritisiert.³ Es sollte demnach nicht verwundern, dass auch in der Praxis Widersprüchlichkeiten unvermeidlich sind.

Das Leitbild der Nachhaltigkeit wurde mit dem Entwicklungsdiskurs erstmals in den 1970er Jahren verknüpft. Während zunächst noch in den 1950er Jahren Entwicklung primär als Wirtschaftswachstum und Technologiefortschritt verstanden wurde, entwickelte sich angesichts der Umweltbelastungen eine Kritik an dem bestehenden Entwicklungsparadigma. Ein maßgeblicher Beitrag zum Diskurswandel wurde 1972 von der interdisziplinären Wissenschaftlergruppe des *Club of Rome* mit dem Bericht „Grenzen des Wachstums“ geliefert, der allerdings mittlerweile auch einer (Selbst)-Kritik unterzogen wurde. In diesem Bericht werden die Szenarien eines „unkontrollierten“ Wachstums der Menschheit ausführlich dargestellt

¹ Vgl. World Council for Environment and Development – ein 1983 von der UN gegründeter Ausschuss, der auch unter dem Namen seiner Vorsitzenden als „Brundtland Commission“ bekannt ist – (1987): *Our Common Future* (GA A/42/427).

² Sen, Amartya (2005): «Quel effet cela fait-il d'être un être humain?» Vortragsmanuskript für das *Third World Forum on Cultural Identity, Democracy and Global Equity*, 17.01.–19.01.2005, Paris.

³ Vgl. Aguirre, Benigno E. (2002): “Sustainable Development as Collective Surge.” *Social Science Quarterly*, 83/1, S.101–118.

und zur Umdisponierung der Ressourcennutzung aufgerufen.⁴ Schließlich führte die Schuldenkrise der so genannten Entwicklungsländer in den 1980er Jahren – auch als *lost decade* bezeichnet – dazu, dass den Vorstellungen einer sozial ausgeglichenen Entwicklung der „diskursive Weg“ bereitet wurde.

Für die Etablierung der nachhaltigen Entwicklung als *globales Policy*-Modell übernahmen schließlich Internationale Organisationen wie die UN, das UNDP oder das UN-Umweltprogramm eine Schlüsselrolle. In den 1990er Jahren summierten sich die internationalen Gipfeltreffen zu den Themen der nachhaltigen Entwicklung: Die UN-Konferenzen *Earth and Development* in Rio 1992, *Population and Development* in Kairo 1994, *Social Development* in Kopenhagen 1995, *Empowerment of Women* in Peking 1995 oder etwa der Millenniumsgipfel in New York 2000 dienten als „kommunikative Foren“ zur Erweiterung und Verbreitung des Konzepts. Hieraus resultierten vielversprechende – aber teils auch unrealistisch anmutende – Versprechen der Teilnehmerstaaten zur Bekämpfung der ökologischen Probleme, der Armut und der sozialen Gefälle. Die *Millenniumsdeklaration* von 2000 oder die *Agenda 21* von 1992 können demnach als „rhetorische Resultate“ solcher Konferenzen verstanden werden. Verstärkt wird zudem eine „formelle Überprüfung“ der Staaten etwa durch *policy*-Evaluationsberichte von auf internationaler Ebene agierenden Agenturen und Forschungsorganisationen.⁵ Nicht zuletzt zeugen die Formulierungen staatlicher Entwicklungsprogramme, die das „Vokabular“ der nachhaltigen Entwicklung übernehmen, oder die Schaffung eigens zuständiger Ausschüsse davon, wie sich binnen weniger Jahre eine erstaunlich gleichformatige, *formelle* Anpassung vieler Staaten an das Konzept der nachhaltigen Entwicklung vollzogen hat. In der neo-institutionalistischen soziologischen Theorie hat sich deshalb der Begriff des „Weltkulturmodells“ durchgesetzt, um solche scheinbar rational fundierten Leitbilder zu beschreiben, die ein starkes Format an Eigenleben und Präsenz in globalen Ausmaßen entwickelt haben.⁶

⁴ Vgl. Meadows, Dennis, Donella H. Meadows, Erich Zahn (1972): *Die Grenzen des Wachstums*. Club of Rome. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.

⁵ Vgl. als Beispiel OECD (2002): „Policy Brief: Improving Policy Coherence and Integration for Sustainable Development: A Checklist.“ *OECD Observer*, 10/2002.

⁶ Vgl. Meyer, John W. (Hrsg.) (2005): *Weltkultur*. Wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdringen. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Wenn also nicht Effizienz und Umsetzung, sondern vielmehr Effekt und Formalisierung von dem Weltkulturmodell der nachhaltigen Entwicklung zu erwarten sind, so lassen sich aus dieser Perspektive ganz andere Fragen ableiten, die eben weder auf die Bewertung des normativen Gehalts noch der Resultate abzielen: Welche dynamisierenden Folgen kann ein global proklamiertes Leitbild auf nationaler oder lokaler Ebene bewirken? Ergibt sich Widerstand, Anpassung oder eine „lokale Variante“ des Weltkulturmodells? Insbesondere rückt die Rolle der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in den Mittelpunkt. Bereits seit den 1980er Jahren haben NGOs parallel zur Etablierung der nachhaltigkeitsbezogenen Themen verstärkten Zugang zu internationalen Foren erhalten. In der *Agenda 21*, dem prominentesten Dokument des Nachhaltigkeitsdiskurses in Form eines „globalen Aktionsplans“, wird ihre Bedeutung als Schlüsselakteure expliziert.⁷ Welche Folgen ergeben sich durch diese formalisierte Legitimation von NGOs auf internationaler Ebene aber für dieselben im lokalen Rahmen?

Fest steht, dass der Boden, auf den ein solches Weltkulturmodell trifft, weder ein politisches noch kulturelles Vakuum ist. Hierfür liefert Südkorea ein interessantes Beispiel. Als der globale Nachhaltigkeitsdiskurs Einfluss auf Korea nahm, befanden sich die dortigen NGOs bereits in einer quantitativen Expansionsphase. Diese verlief im Rahmen der demokratischen Transformation, die 1987 eingeleitet worden war. So wurde mehr als die Hälfte der im Jahr 2000 bestehenden NGOs nach den 1990er Jahren gegründet, während etwa ein Fünftel der NGOs aus den 1980er Jahren stammt. Das stärkste Wachstum im NGO-Sektor von 87,6 % ist im Umweltbereich zu verzeichnen.⁸

Hatten sich die wenigen NGOs vor der Demokratisierung als teils militante Regimegegner profiliert, veränderten sich die Ziele, Eigenschaften und Arbeitsweise der neuen bzw. neuorganisierten NGOs dahingehend, dass sie nun eine politische Inklusion in das bestehende Regime anstreben und sich einer breiteren Themenspanne

⁷ Vgl. Raustiala, Kal (1997): „States, NGOs, and International Environmental Institutions.“ *International Studies Quarterly*, 41/4, pp. 719–740;

UN (1992): Rio Declaration on Environment and Development 1992 (GA Resolution A/CONF.151/26 [Vol. II] vom 14.06.1992, Rio de Janeiro.

⁸ Moon, Chung-In und Sung-Hack Lim (2003): „Weaving through Paradoxes: Democratization, Globalization, and Environment Politics in South Korea.“ *East Asian Review*, 15/2, pp. 43–70.

widmen.⁹ An dieser Stelle besteht die Schnittmenge zwischen dem globalen Nachhaltigkeitsdiskurs und den südkoreanischen NGOs: Die Bestärkung der partizipativen Dimension durch die *Agenda 21* wussten die lokalen NGOs für ihre Aktivitäten zu nutzen. Als eine direkte Folge der *Agenda 21* auf die NGOs kann z. B. die Entstehung der *Presidential Commission on Sustainable Development* gesehen werden. Es handelt sich um einen Ausschuss aus dreizehn Regierungsvertretern und zwanzig zivilgesellschaftlichen bzw. NGO-Mitgliedern, der in direkter Interaktion zu den Ämtern des Präsidenten und des Umweltministeriums situiert ist. Er wurde 1999 unter Bezugnahme auf die *Agenda 21* eingefordert. Ihre Gründung erfolgte prompt im darauffolgenden Jahr. Ein weiteres Beispiel ist die Umsetzung der *Lokalen Agenda 21* in Südkorea. Die dortigen NGOs gewannen durch ihre Hilfeleistungen zur Formulierung lokalpolitischer Leitlinien der Nachhaltigkeit an Anerkennung in der Öffentlichkeit, vor allem aber an politischer Legitimität.¹⁰ Anhand der Umwelt-NGOs zeigt sich insbesondere die indirekte Einwirkung des Nachhaltigkeitsdiskurses. Von einer passiv-marginalisierten Bewegung, die sie vor der Demokratie gewesen ist, wandelte sie sich zu einer reaktiv-kompensationsfördernden Bewegung und positionierte sich schließlich zu einem aktiv-präventiven politischen Gegengewicht zur Privatwirtschaft und zur Regierung.¹¹ Nicht unbedeutend für diese Entwicklung ist der Beistand von Seiten eines transnationalen NGO-Netzwerks, in das die südkoreanischen NGOs mittlerweile eingebunden sind. Seit ihrer Teilnahme am UN-Gipfel in Peking von 1995 erfolgten weitere Konferenzteilnahmen; es wurden prominente Kooperationspartner wie das *World Watch Institute* für die eigenen Kampagnen gewonnen; die internationale NGO-Konferenz in Seoul von 1999 führte zu einer „Bewusstseinsweiterung“ der bis dato lokal orientierten NGOs, d. h. zu einer verstärkten Einbindung an transnationale Themen.¹²

⁹ Cho, Hee-Yeon (2000): “Democratic Transition and Changes in Korean NGOs.” *Korea Journal*, 40/2, pp. 1–23.

¹⁰ Cha, Myong-Jae (2000): “The Process of Local Agenda 21 Initiatives in Korea and the Role of NGOs.” In: Stephan, Petra (ed.): *Learning from each other in North and South: Local Agenda 21 in Germany and the Republic of Korea*. Arbeitspapiere des Instituts für Frieden und Entwicklung der Universität Duisburg-Essen, 48, S. 62–75.

¹¹ Vgl. Moon/Lim 2003

¹² Vgl. Chung, Chang-Su (1999): (koreanischer Orginaltitel) “99 Seoul NGO saekyae daehoe’ ka uri ege namgin geot” , in: *Doshi wa bigon*, 40/10, S. 56–62.

Es scheint, dass sich ein vollständiges Bild der demokratischen Konsolidierung, wie die aktuelle zivilgesellschaftliche Phase Südkoreas beschrieben wird,¹³ erst ergibt, wenn die Einflüsse des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung mit berücksichtigt werden. In Ländern mit gänzlich unterschiedlichen Ausgangsbedingungen für die NGOs dürfte sich wiederum ein anderes Gesamtbild der zivilgesellschaftlichen Entwicklung ergeben. Insofern laden solche global etablierten Themen wie die der Nachhaltigkeit immer wieder zu einer Hinterfragung ihrer Entstehung und Auswirkungen ein.

¹³ Vgl. Kim, Hyuk-Rae (2000): “The State and Civil Society in Transition: the Role of Non-Governmental Organizations in South Korea.” *The Pacific Review*, 13/4, pp. 595–613.